

>> Alle reden über Arbeit wir tun was dagegen <<

Der 1. Mai dient Gewerkschaften, linken Gruppen und auch Nazis zur Huldigung der Arbeit. Dabei geht es den einen um die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, kurz mehr Geld, kürzere Arbeitszeiten, anderen geht es um die schrittweise Abgrenzung des Deutschen Standorts gegenüber der europäischen und weltweiten Konkurrenz und wieder andere fordern den Bruch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen. Wir protestieren aber heute gegen und nicht für die Arbeit. Der Bruch mit dem Arbeitsfetisch ist eine der wichtigsten Voraussetzung für eine Gesellschaftskritik welche den Weg hin zu einer befreiten Gesellschaft möglich macht.

Die letzten Monate waren seit langem mal wieder geprägt von Arbeitskämpfen in verschiedenen Branchen. Vielen wird noch der ungewöhnlich lange und harte Streik der LokführerInnen in Erinnerung sein, auch die MitarbeiterInnen des Berliner Nahverkehrs kämpfen derzeit für bessere Arbeitsbedingungen. Diese Kämpfe sind durchaus sinnvoll, schließlich steht dabei das Wohl und die Verbesserung von Lebensbedingungen im Mittelpunkt. In Deutschland wie auch in den meisten anderen EU Ländern stagnieren seit Jahren die Löhne, was dazu führt, dass die Menschen immer schlechter von ihrem Erwerb leben können, nicht wenige sind gezwungen zusätzlich staatliche Maßnahmen wie ALG II zu beantragen. Dennoch sind die am Ende stehenden Einigungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer meist nicht viel mehr als ein Ausgleich der Inflationsrate oder gleichen jahrelangen Lohnverzicht (z.B. Weihnachtsgeld) sowie verlängerte Arbeitszeiten und nicht bezahlte Überstunden aus.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass immer weniger Menschen von dem Geld was sie für den Verkauf ihrer Arbeitskraft erhalten, leben können. Der Anteil der Menschen die unter die so genannte Armutsgrenze fallen steigt kontinuierlich an. Um die allgemeine Seele der Menschen zu beruhigen sind sich PolitikerInnen aller Parteien wie auch WirtschaftswissenschaftlerInnen nicht zu schade von einer möglichen Vollbeschäftigung zu sprechen. Dass es sich dabei um eine historisch einmalige Situation handelte, dass diese viel mehr entgegen jeder Theorie des Kapitalismus stünde, scheint für diese „Experten“ nicht erkenntlich zu sein. Unternehmen stehen im weltweiten Wettbewerb, die passende Reaktion auf Krisen ist Arbeitsplätze abzubauen, das so genannte „Outsourcing“ bzw. Umstrukturieren. Die spezifisch Deutsche Wahrnehmung macht hier jedoch eine Trennung zwischen „bösen“ ausländischen Unternehmen wie Nokia, welche ihre Standorte schließen und „guten“ Deutschen Unternehmen, die sich angeblich der Gesellschaft verpflichtet fühlen und eine Verwurzelung mit der Deutschen Heimat betonen würden. Das Beispiel Quelle zeigt jedoch dass auch Deutsche Firmen selbstverständlich dem gleichen Prinzip folgen, Akkumulation (Anhäufung) von Kapital. Deswegen schließen sie beispielsweise Standorte in den alten Bundesländern und wechseln nach Ostdeutschland. Auch entspricht die Praxis Deutscher Unternehmen im Ausland einer eindeutigen Strategie, nämlich der konsequenten Abwanderung sobald es sich woanders besser und billiger produzieren lässt. Die Deutsche Seele nimmt dies jedoch meist nicht wahr, lieber behält mensch das Bild der guten Deutschen Wirtschaft. Entgegen dieser Logik gilt es Solidarität zu üben, Arbeitskämpfe welche koordiniert werden und nicht gegeneinander stattfinden, können mit dieser nationalistischen Herangehensweise brechen.

In sofern sind die verschiedenen Maßnahmen und Kämpfe sowie gewerkschaftliches Engagement grundlegend zu begrüßen, sofern sie der Verbesserung von Lebensbedingungen dienen und nicht nationalistischen Standortdenken verfallen.

So notwendig wie auch sinnvoll es ist sich gegen die bestehenden Verhältnisse zu wenden, so unumgänglich ist es jedoch auch sich mit dem Gegenstand des Kapitalismus und hier insbesondere dem Stellenwert der Arbeit zu befassen.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus kam es zu der Schaffung des doppelt freien Lohnarbeiters, frei steht hier zunächst für eine gewisse Freiheit der Bewegung bzw. Mobilität, nicht länger waren die Menschen an die Leibeigenschaft gebunden, auf der anderen Seite waren sie aber auch frei vom Zugang und dem Besitz von Produktionsmitteln. Das einzige was die ArbeiterInnen weiterhin besaßen, war die in ihnen steckende Arbeitskraft. Diese können sie nun an den Produktionsmittel-besitzenden Kapitalisten verkaufen (arbeiten) und somit den Erwerb für sich und ihre Familie (Lohn) erwirtschaften. Die Arbeit oder besser die Arbeitskraft ist also eine Ware die getauscht und verwertet wird, mit dem Ziel Mehrwert aus ihr zu schöpfen. Auf dem Arbeitsmarkt treten sich die Menschen gegenüber und konkurrieren um die Orte wo sie sich verausgaben können. Dabei ist gerade diese Konkurrenz, im Sinne dass Menschen die arbeitslos sind, zugleich Druckmittel für Menschen die arbeiten darstellen, Garant für niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen. Die kapitalistische Produktionsweise besitzt nun einen ganz besonderen Fetisch welcher den Menschen die Verhältnisse als naturgegeben und unveränderbar erscheinen lässt. Die instrumentelle Praxis hat sich im Bewusstsein der Menschen verankert, Arbeit (im Sinne von Lohnarbeit) wird als natürlich betrachtet, während Menschen die sich dem Prozess verweigern oder schlicht weg nicht daran teilhaben können als Schmarotzer und Nichtsteuer denunziert werden. Dabei ist die geleistete Arbeit, also die Zeit und der Aufwand den der einzelne Mensch in ein Produkt einbringt, noch nicht einmal bestimmende Variable für dessen Wertigkeit. Waren werden gegeneinander getauscht, bzw. tritt eine Äquivalentform zwischen diese (Geld). Dabei kann der Wert einer Ware nur im Vergleich mit anderen ermittelt werden. In Ihnen steckt also eine Arbeit die gesellschaftlich vergleichbar sein muss, allgemeine menschliche Arbeit. Diese ist eine Abstraktion von der konkret geleisteten Tätigkeit. Eine Identifizierung mit der geleisteten Arbeit ist besonderer Ausdruck eines falschen Bewusstseins.

Gerade in Deutschland fühlen sich die Menschen besonders von Arbeit angezogen. Unabhängig von der Tatsache, dass eine Vollbeschäftigung keine (dauerhafte) kapitalistische Praxis sein kann, dass immer mehr Menschen schlicht und weg nicht mehr verwertbar (im kapitalistischen Sinne) sind, fordern die Deutschen mehr Arbeit. Doch bleibt es nicht nur dabei, gleichzeitig sollen es Jobs sein, von denen mensch auch ein gutes Leben führen kann. Beide Forderungen zeigen in perfider Weise wie schwer es sein muss den spezifischen Charakter einer kapitalistischen Produktionsweise zu begreifen. Die Existenz einer Reservearmee (arbeitsuchende Menschen) ist eine notwendige Voraussetzung für den

Kapitalismus. Nur ein Bruch mit dem Arbeitsfetisch könnte diese Zirkulation beenden, konsequente Verweigerung an Lohnarbeit teilzunehmen ist unumgänglicher Anfang einer antikapitalistischen Praxis.

Auf der anderen Seite wird versucht sich gegen die zu wehren, welche in der eigenen Wahrnehmung verantwortlich sind für die Misere. Nach den allgemeinen Spielregeln einer kapitalistischen Gesellschaft gibt es jedoch kaum Spielraum für Diejenigen, welche die Produktionsmittel besitzen, schließlich treten sich diese, ähnlich wie die Arbeiter auf einem Markt entgegen. An dieser Stelle wünschen sich viele den Eingriff des Staates, welcher beispielsweise mit Regulierungen und sozialstaatlichen Leistungen versucht, Diejenigen aufzufangen welche die „Selbstheilungskräfte“ des Marktes nicht integrieren bzw. teilhaben ließen. Damit steht der Staat jedoch nicht als Gegenpol der kapitalistischen Produktionsweise sondern viel mehr als dessen Garant.

Wenn mensch in den letzten Tagen und Wochen diverse Medienberichte, Zeitungsartikel etc. verfolgt, konnte dieser viel über die negativen Auswüchse einzelner KapitalistInnen, skandalöser „Maßlosigkeit unternehmerischen Handels“ und „Kriegserklärung“ einzelner UnternehmerInnen an den Sozialstaat bzw. Empörung über asoziale Unternehmenspraxen erfahren. Gemeint sind Schlagzeilen über die Schließung des Nokia-Werkes in Bochum und die Entlassung von mehreren Tausend MitarbeiternInnen in den drei deutschen Konzernen BMW, Siemens und Henkel und dessen Reaktionen seitens Gewerkschaften und Politik. Dabei werden Forderungen nach einer neuen Unternehmensethik bzw. -moral laut. Es wird in die gleiche Kerbe wie damals geschlagen, als Deutschland von einer unsäglichen Heuschreckenplage bedroht, ein Stück zusammengerückt ist, um sich vor dem besonders ausbeuterischen Kapital zu schützen. Es wird innerhalb dieser Debatte eine Kritik aufgemacht, welche das unmoralische Handeln einzelner KapitalistenInnen anprangert, während andere Unternehmen als weniger ausbeuterisch und somit sozial dargestellt werden. In dieser Aussage stecken allein drei zu kritisierende Punkte.

Es wird Moral in einem System gefordert in welchem Moral nicht von Vorteil sein kann. Die UnternehmerInnen sehen sich stets in einem Wettbewerb mit KonkurrentInnen, welche ebenfalls den Markt beeinflussen. Im Interesse des Unternehmens steht vorrangig die Optimierung des Produktionsprozesses, somit die Senkung der Kosten und Steigerung des Mehrwertes, um das Mehr an Kapital wiederum in Produktionsmittel bzw. deren Optimierung zu investieren. Nur zum Preis des Untergangs kann sich ein Unternehmen diesem Wettbewerb bzw. Anpassung an gegebene Marktbedingungen entziehen. Auch wenn ein Unternehmen den Anspruch hat moralisch und sozial zu Handeln, wird dies nur möglich sein wenn es nicht in Konkurrenz zu anderen Unternehmen steht, oder eben die bewusste Vermarktung so viel besserer Arbeitsbedingungen hin zu einem positiven Image um somit mehr Profit zu erwirtschaften.

Dieser Zusammenhang macht auch den zweiten Kritikpunkt deutlich. Es werden in besagten Beispielen jeweils einzelne Personen für die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise verantwortlich gemacht. JedeR AkteurIn, sowohl ArbeiterIn als auch KapitalistIn, ist gewissen Sachzwängen erlegen, um sich zu reproduzieren. Der/die KapitalistIn erwirtschaftet durch die Ausbeutung von

ArbeiternInnen den notwendigen Mehrwert, der/die ArbeiterIn verkauft seine Arbeitskraft, um von dem entsprechenden Lohn existieren zu können. Der Kapitalismus ist in seiner Art und Weise abstrakt. Nicht einzelne KapitalistInnen sind verantwortlich für die destruktiven und inhumanen Zustände, sondern die kapitalistische Produktionsweise an sich. Genau diese Abstraktheit des Kapitalismus wird von Menschen, die nur einzelne Phänomene des Kapitalismus kritisieren, nicht erkannt. Es entsteht damit eine Diskrepanz zwischen wahrgenommen negativen Erscheinungen und der nicht verstandenen Ursache deren.

Daran anschließend lässt sich der dritte Punkt sehr gut erklären. Diese besagten negative Phänomene werden immer schnell auf einzelne KapitalistInnen oktroyiert und damit ein Unterschied zwischen „schlechten“ und „guten“ bzw. zwischen „raffenden“ und „schaffenden“ Kapital gemacht. Jenes Kapital, welches der deutschen Wirtschaft in Form von Produktionsauslagerung oder Stellenabbau schadet, wird als skandalös und unsozial bezeichnet. Und noch schlimmer sind die Reaktionen wenn selbst deutsche Konzerne solche Maßnahmen ergreifen. Mit der Argumentation eines „schaffenden“, „humanen“ deutschen Kapitalismus im Unterschied zu einem „raffenden“, „ausbeuterischen“ Raubtierkapitalismus bewegt mensch sich klar in einer deutschen antisemitischen Tradition, die vor 65 Jahren nicht „nur“ strukturell, wie es heute der Fall ist, an der Tagesordnung waren, sondern den Tod von Millionen jüdischen Menschen zur Folge hatte.

Die momentane Auseinandersetzung mit negativen Phänomenen des Kapitalismus von Gewerkschafts- und PolitikerInnenseite leistet nicht lediglich nur eine verkürzte, sondern gar keine Kapitalismuskritik. Nur wenn die Analyse des Gegenstandes Kapitalismus korrekt erbracht wird, kann auch eine entsprechende Kritik folgen. Und Funktionäre, die dem Kapitalismus als einzig mögliche Wirtschaftsweise positives in Form als naturgegebenes System abgewinnen, kann der Glaube an die Reform dessen, getrost genommen werden. Ausbeutung und Destruktion sind dem Kapitalismus immanent. Vermeintliche Zugeständnisse an die ArbeiterInnen sind nur als Aufrechterhaltung der Produktionsweise zu verstehen. Staatliche Regulierungen und soziale Sicherungssysteme dienen, gleichwohl sie durchaus ihre Berechtigung haben können, letztendlich dem kapitalistischen Gesamtinteresse. Es gilt die Reproduktion der ArbeiterInnen für deren spätere Verwertung sicher zu stellen.

Wir wollen abschließend klar stellen, der Bruch mit Kapital und Nation ist nicht nur möglich sondern auch notwendig, gilt es die Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung zu erreichen. Soziale Proteste sind eine unumgängliche notwendige Form sich dem Elend zu verweigern um zumindest elementare Bedürfnisse wie Hunger, Wohnen und eine gewisse Form des Luxus zu ermöglichen. Jedoch weder die Durchsetzung guter Abschlüsse während der alljährlichen Tarifrunden noch die Besetzung einer Fabrik kann mit den kapitalistischen Realitäten brechen, sofern sie nicht durchschaut wie diese funktionieren. Ein erster Schritte sollte die Reflexion der eigenen Stellung im kapitalistischen Produktionsprozess sein. Die logische Konsequenz kann demnach nur das Ende des Arbeitsfetisch bedeuten.